

Medico Factsheet: Mode- und Textilbranche

Das Datum 11. September – „9/11“ – ist weltweit ungezählten Menschen unvergesslich. In Pakistan kommt ihm eine ganz besondere Bedeutung zu: Hier spricht man vom „Industrial 9/11“ und meint den 11. September 2012. An diesem Tag brannte in Karatschi die Textilfabrik Ali Enterprises ab, deren mutmaßlich wichtigster Auftraggeber der deutsche Discounter Kik war. Beim größten Industrieunfall der pakistanischen Geschichte starben fast 300 Menschen, die meisten verbrannten bei lebendigem Leib. Zwei Monate später brannte die Textilfabrik Tazreen Fashion in Dhaka in Bangladesch, weitere 117 Menschen starben. Noch einmal fünf Monate später, am 24. April 2013, stürzte die Textilfabrik Rana Plaza ein, die ebenfalls in Dhaka lag. Diesmal starben 1135 Menschen, 2438 wurden verletzt. Seither wissen wir, dass die internationale Mode- und Textilbranche in der Ausbeutung ihrer Arbeiter*innen buchstäblich über Leichen geht. Die beteiligten deutschen Unternehmen bilden da keine Ausnahme.

Sklav*innen des Weltmarkts

Natürlich kommen nicht alle Arbeiter*innen bei Großbränden oder Gebäudeeinstürzen ums Leben. So arbeiten in den rund 5000 Textilfabriken Dhakas, des Zentrums der Textilindustrie Bangladeschs, geschätzt vier Millionen Menschen. Die meisten von ihnen sind junge Frauen. Ein langes Leben wird vielen von ihnen allerdings nicht zuteil. Sie arbeiten sechs Tage die Woche bis zu 14 Stunden und verdienen im Durchschnitt gerade einmal zwei Dollar täglich:

den Betrag also, der im weltweiten Durchschnitt die Armutsgrenze markiert. Wenn sie dieses Schicksal auf sich nehmen, liegt das allein an dem Ort, an dem sie ihre Wahl treffen müssen: Dhaka. In den 1950er Jahren lag die Einwohner*innenzahl dieser typischen Megastadt des globalen Südens bei 500.000 Menschen. 2011, knapp 50 Jahre später, lag diese Zahl offiziell bei fast neun Millionen. Realistischere Schätzungen sprechen von 14 Millionen Einwohner*innen. Die meisten dieser Menschen sind nach Dhaka gekommen, weil sie auf dem Land keine Überlebensperspektive mehr hatten. Unter solchen Bedingungen eine Anstellung in einer Textilfabrik zu finden, heißt für sie, schon ans Ziel dessen gekommen zu sein, was für sie irgend erreichbar war. Deshalb, nur deshalb nehmen sie die Plackerei in Kauf. Das ist im pakistanischen Karatschi, dem Standort von Ali

Enterprises, nicht anders. Das gilt so auch für die Textilstädte Indiens, Chinas, Kambodschas, Vietnams, Myanmars und Indonesiens. Noch geringer sind die Wahlmöglichkeiten der Menschen, die in Äthiopien ein Auskommen suchen, etwa in der von deutschen Unternehmen bevorzugten Stadt Hawessa, 270 km südlich der Hauptstadt Addis Abeba. Wirklich freier kann auch in Tunesien nicht gewählt werden, und selbst in der Türkei sieht das für Hunderttausende nicht wesentlich anders aus.

Unter solchen Bedingungen eine Anstellung in einer Textilfabrik zu finden, heißt für sie, schon ans Ziel dessen gekommen zu sein, was für sie irgend erreichbar war. Deshalb, nur deshalb nehmen sie die Plackerei in Kauf. Das ist im pakistanischen Karatschi, dem Standort von Ali Enterprises, nicht anders. Das gilt so auch für die Textilstädte Indiens, Chinas, Kambodschas, Vietnams, Myanmars und Indonesiens. Noch geringer sind die Wahlmöglichkeiten der Menschen, die in Äthiopien ein Auskommen suchen, etwa in der von deutschen Unternehmen bevorzugten Stadt Hawessa, 270 km südlich der Hauptstadt Addis Abeba. Wirklich freier kann auch in Tunesien nicht gewählt werden, und selbst in der Türkei sieht das für Hunderttausende nicht wesentlich anders aus.

Wir hier, die Konsument*innen

Gewinner*innen dieser Zwangslage sind die Unternehmen der internationalen und so auch der deutschen Mode- und Textilbranche. Sie sind darin allerdings nicht allein. Auch wir, die



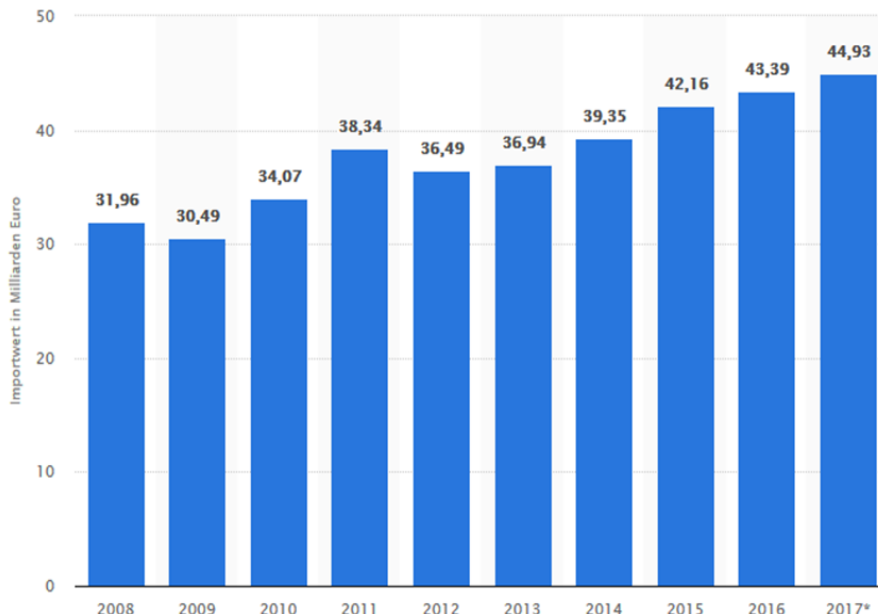


Abbildung 1: Import von Textilien und Bekleidung nach Deutschland in den Jahren 2008 bis 2017 (in Milliarden Euro)

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/253796/umfrage/import-von-textilien-aus-deutschland/>

Konsument*innen, machen bei all' dem unser „Schnäppchen“, und wir nennen das auch oft so. Im Schnitt kauft jeder und jede Deutsche im Jahr 12 Kilogramm Bekleidung. Deshalb besitzt jede erwachsene Person (18 – 69 Jahre) in

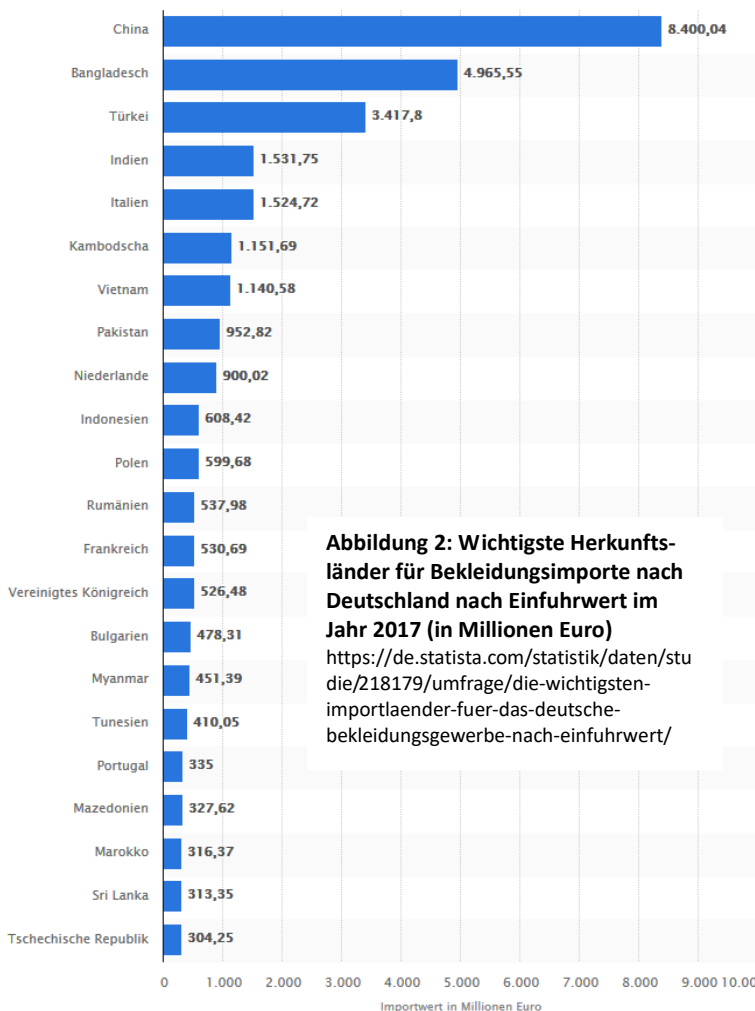


Abbildung 2: Wichtigste Herkunftsländer für Bekleidungsimporte nach Deutschland nach Einfuhrwert im Jahr 2017 (in Millionen Euro)

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/218179/umfrage/die-wichtigsten-importlaender-fuer-das-deutsche-bekleidungsgewerbe-nach-einfuhrwert/>

Deutschland, wieder im Schnitt, 95 Kleidungsstücke, Unterwäsche und Socken nicht eingerechnet. Zusammen sind das etwa 5,2 Milliarden Kleidungsstücke. Davon hängen ca. zwei Milliarden (40 Prozent) nahezu ungenutzt im Kleiderschrank. Ein Großteil der in Deutschland gekauften Textilien hat eine sehr geringe Lebensdauer und wird schnell weggeworfen.¹ Dies ist so, weil neun von zehn dieser Kleidungsstücke so billig sind, dass

sich ihre Käufer*innen über ihren Erwerb, ihre Nutzung und ihr leichthändiges Weggeworfenwerden kaum Gedanken machen müssen. Mehr als 50 Prozent der nach Deutschland importierten und in Deutschland von Leuten wie uns gekauften Ware stammt aus Asien, insbesondere aus China, Bangladesch und der Türkei. Kein Wunder insofern, dass Deutschland beim Import von Textilien und Bekleidung weltweit die zweite Stelle einnimmt, gleich hinter den USA.² Kein Wunder auch, dass die Textilindustrie nach dem Ernährungsgewerbe die zweitgrößte Konsumgüterbranche in Deutschland ist. Dieser Umgang mit Textilien in den Industrienationen ist nur durch den Zugriff auf die sozialen und ökologischen Ressourcen des Globalen Südens möglich. Man nennt das imperiale Lebensweise. Gesellschaften, die diese Lebensweise praktizieren, nennt man Externalisierungsgesellschaften: Ihre Bürger*innen leben auf Kosten anderer bzw., anders herum gesprochen, sie verlagern die zerstörerischen Folgen ihrer Le-

¹ Greenpeace Umfrage 2015: www.greenpeace.de/files/publications/20151123_greenpeace_modekonsum_flyer.pdf

² Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Branchenfokus/Industrie/branchenfokus-textil.html

bensweise auf Gesellschaften andernorts.³

Fast Fashion und Umwelt

Über 70 Prozent unserer Kleidung besteht aus billigen Synthetikfasern. Beim Waschen gelangen kleine Teile in Abwässer und tragen damit maßgeblich zur dramatischen Gefährdung des Lebens in Flüssen und Meeren bei. Die Stoffe sind nur schwer zu recyceln, denn die Fasern eignen sich nicht zur Herstellung neuer Kleidung. Verheerend ist allerdings auch die Ökobilanz eines Baumwoll-T-Shirts. Um ein Kilo Baumwolle herzustellen, werden rund 15.000 Liter Wasser benötigt – in Worten: fünfzehntausend. Für ein T-Shirt braucht man anderthalb Kilo Roh-Baumwolle. Und: Auf ein Kilo fertiger T-Shirts entfallen ein Kilo umweltschädlicher Chemikalien.⁴

Aktenzeichen XY: Namen und Fakten

65 Prozent der in Deutschland konsumierten Textilwaren werden von großen Handelshäusern wie H&M, KiK oder C&A importiert. Weil die Mehrzahl dieser Textilien, das sagten wir schon, aus China und Bangladesch stammen (gefolgt von der Türkei, Indien, Vietnam, Indonesien, Pakistan und Kambodscha), ist die Mode- und Textilbranche in Deutschland, wie man

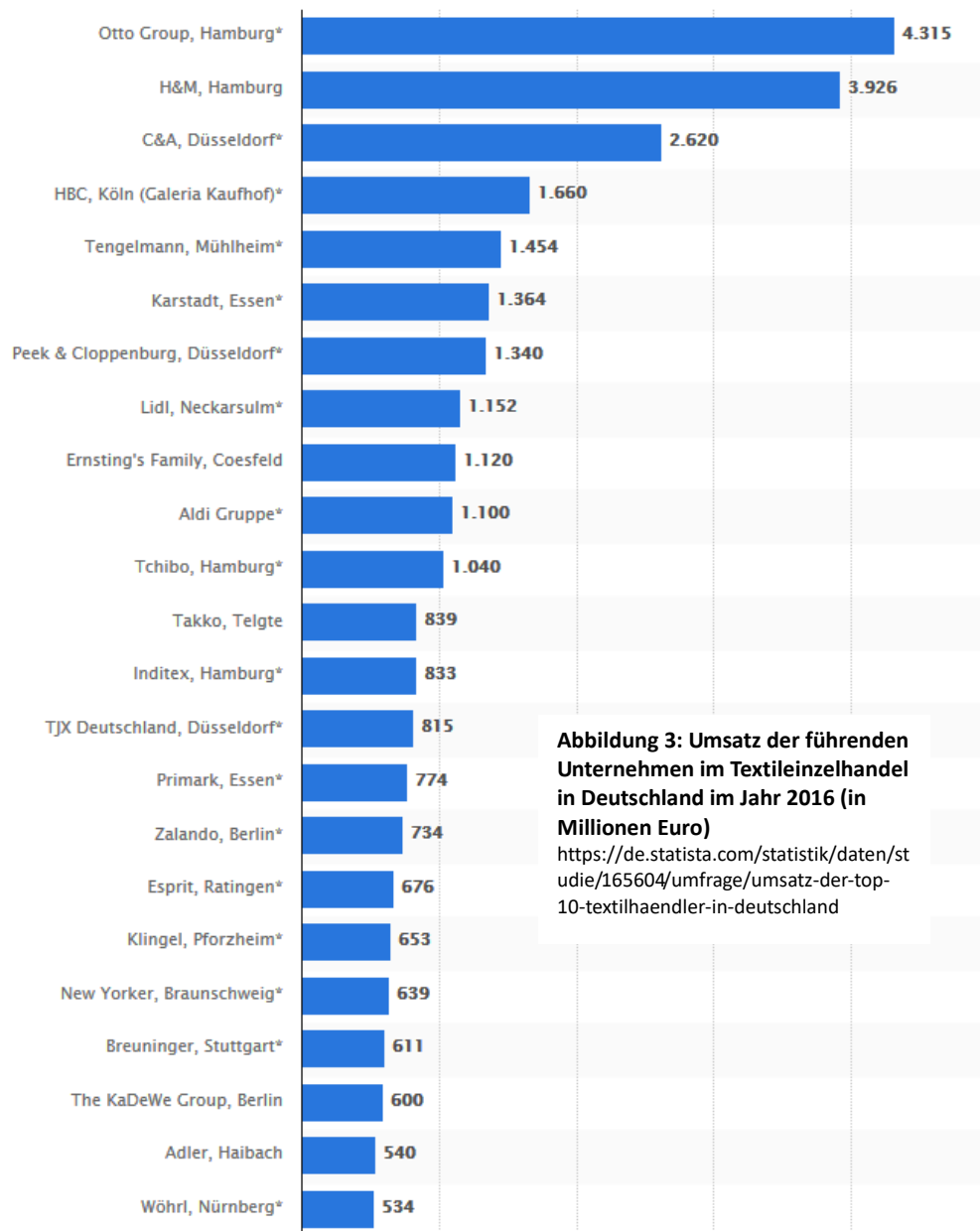


Abbildung 3: Umsatz der führenden Unternehmen im Textileinzelhandel in Deutschland im Jahr 2016 (in Millionen Euro)

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165604/umfrage/umsatz-der-top-10-textilhaendler-in-deutschland>

so sagt, ein multimillionenschweres Business.⁵ An der Spitze der Rangliste stehen die Otto Group, H&M sowie C&A, das letztgenannte Unternehmen verfügt in Deutschland über die meisten Filialen. Dafür ist H&M – mit vollem Namen Hennes & Mauritz – im europaweiten Vergleich das umsatzstärkste Unternehmen, beschäftigte 2016 weltweit über 114.000 Angestellte in mehr als 4.300 Filialen.⁶

³ Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise, S. 43-68

⁴ <https://saubere-kleidung.de/fast-fashion/>

⁵ Gisela Burckhardt (2016): 491. www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/viewFile/23000/20112

⁶ Statista: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165604/umfrage/umsatz-der-top-10-textilhaendler-in-deutschland/>

Zwischenstand

In der Folge der eingangs genannten Katastrophen bei Ali Enterprises, Tazreen Fashion und Rana Plaza hat sich im Wesentlichen – nichts geändert. Nicht in Bezug auf die Höhe der Löhne, die Anzahl der Überstunden und die Intensität der tagtäglichen, allwöchentlichen Plackerei von früh morgens bis spät abends. Nicht in Bezug auf die systematische Missachtung der meist weiblichen Arbeiter*innen durch die meist männlichen Vorarbeiter und das meist männliche Leitungspersonal, alltägliche sexuelle Gewalt eingeschlossen. Nicht in Bezug auf die systematische Repression der Gewerkschaftsarbeit, Gewalt gegen Gewerkschafter*innen eingeschlossen. Nicht in Bezug auf die systematische Verletzung von Sozialgesetzgebung und Arbeitsrecht in Pakistan oder Bangladesch. Staaten wie all' die anderen Staaten, für die die volle Umsetzung der formellen Rechtslage ein schwerstwiegender Wettbewerbsnachteil in der Jagd nach Investoren wäre: Gäbe es die Textilindustrie nicht, wäre Bangladesch einfach nur das am dichtesten besiedelte Land der Welt und also ein Spitzenreiter in der Tabelle der weltärmsten „Entwicklungsländer“.⁷

Nicht wesentlich geändert hat sich übrigens auch die Position der asiatischen Unternehmer*innen, die im Prinzip bereit wären, die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Belegschaften zu verbessern. Auch sie handelten sich damit nichts als einen schwerwiegenden Wettbewerbsnachteil in der Konkurrenz um ausländische Aufträge ein. Man sehe sich dazu das Gespräch mit einem Unternehmer aus Bangladesch an, das der Film „The True Cost“ aufgezeichnet hat. Während des Berichts über die Verhandlungsführung seiner europäischen bzw.

nordamerikanischen Auftraggeber bricht dieser Fabrikant vor laufender Kamera in Tränen aus.⁸

Im Einzelfall I: Rana Plaza

Ganz so stimmt das allerdings nicht. Nach dem Einsturz von Rana Plaza unterzeichnete eine große Anzahl von Firmen den „Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh“. Mit der von diesem Vertrag vorgesehenen Verbesserung der Gebäudesicherheit hat sich die Situation von etwa 2,5 Millionen Textilarbeiter*innen insofern verbessert, als in mehr als 1600 Fabriken mehr als 97.000 zuvor schon bekannte Gefahren beseitigt wurden.⁹ Unterstellt man, dass diese Fabriken alle in Dhaka liegen, heißt das, dass sich die Lage in den rund 3400 anderen Fabriken der Megastadt nicht oder nicht nennenswert verbessert hat. Der Druck auf die Unternehmen nimmt ab, je länger Rana Plaza zurückliegt. Dazu trägt auch der Erfolg des „Rana Plaza Arrangements“ bei, das die Entschädigung der Überlebenden und Hinterbliebenen regelt. Viele der Firmen, die in Rana Plaza produzieren ließen, wehrten sich vehement dagegen, für die Misstände, die zum Tod von 1135 Menschen und zur meist schweren Verletzung weiterer 2438 Menschen geführt hatten, verantwortlich gemacht zu werden und deshalb Entschädigung zu leisten. So dauerte es dann auch über zwei Jahre, bis die dazu benötigte Summe von über 30 Millionen US-Dollar endlich zusammenkam.¹⁰ Aus Deutschland waren direkt oder indirekt verwickelt: KiK, Adler Modemärkte, Kanz (Kids Fashion Group), Gueldenpfennig und NKD. KiK war übrigens auch in Ali Enterprises und in

⁸ The True Cost – Der Preis der Mode, <https://truecostmovie.com/>

⁹ Mark Anner (2018): Binding Power: The Sourcing Squeeze, Workers' Rights, and Building Safety in Bangladesh Since Rana Plaza: http://lser.la.psu.edu/gwr/documents/CGWR2017_ResearchReportBindingPower.pdf

¹⁰ www.publiceye.ch/de/kampagnen-aktionen/eilaktionen/rana-plaza-fabrikeinsturz-in-bangladesch/

⁷ www.medico.de/nach-dem-einsturz-14611/

Abb. 4: Entschädigungen seitens deutscher Unternehmen, die direkt oder indirekt in Rana Plaza verwickelt waren.
Übersicht der Clean Clothes Campaign, Mai 2015

Firma	Auftraggeber? (*)	Entschädigungen \$
Adler Modemarkt	Ja	X
Kanz (Kids Fashion Group)	Ja	X
Kik	Ja	1 Million
Gueldenpfennig	Ja	600.000
Lidl	Nein	X
Aldi	Nein	X
Metro	Nein	X
Takko	Nein	X
Otto	Nein	X

(*) - nein = dementiert, aber von Quellen in Bangladesch bestätigt

Tazreen Fashion verwickelt.¹¹ Am Entschädigungsfond beteiligt haben sich dann KiK (Beitrag zum Entschädigungsfonds: ca. 785.000 Euro¹²) und Güldenpfennig (Beitrag zum Entschädigungsfonds: etwa 397.000 Euro¹³). Die Adler Modemärkte haben nicht in den Fond eingezahlt, doch einer nicht näher genannten Wohltätigkeitsorganisation eine Spende von sage und schreibe 15.900 Euro überwiesen.¹⁴ NKD hat bis jetzt gar nichts gezahlt, an niemanden.¹⁵

Im Einzelfall II: Ali Enterprises

Nach langen und zähen Verhandlungen hat sich KiK, mutmaßlich einziger Auftraggeber der abgebrannten Fabrik, im Jahr 2017 zu einer Zahlung von 5,15 Millionen US-Dollar für Lohnausfälle, die Kosten für ärztliche Behandlungen und Rehabilitation an Überlebende und Angehörige bereitgefunden. Schon im Dezember 2012, während der Aufnahme von Entschädigungsverhandlungen, hatte KiK bereits eine Million US-Dollar in einen Entschädigungsfond eingezahlt. Mit der Unterstützung von medico inter-

¹¹ www.medico.de/blog/fuenf-jahre-nach-rana-plaza-17041

¹² www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/textilfabrik-in-bangladesch-kik-zahlt-eine-million-dollar-an-opfer-a-962293.html, www.dgb.de/themen/++co++acc5848e-4568-11e4-96a5-52540023ef1a, www.zeit.de/wirtschaft/2014-04/rana-plaza-jahrestag-hilfsfonds/seite-2

¹³ www.dgb.de/themen/++co++acc5848e-4568-11e4-96a5-52540023ef1a

¹⁴ www.dgb.de/themen/++co++acc5848e-4568-11e4-96a5-52540023ef1a

¹⁵ Ebd.

national, dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und der pakistanischen National Trade Union Federation (NTUF) haben vier Überlebende trotzdem eine Zivilklage vor dem Landgericht Dortmund eingereicht; das Verfahren ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt (August 2018) noch nicht abgeschlossen. Der politische Einsatz der Kläger*innen und ihrer Unterstützer*innen zielt auf die Notwendigkeit, das ganze System der „freiwilligen Selbstverpflichtung“ von Unternehmen – Hintergrund der Zahlungen von KiK wie der Zahlungsverweigerung ungezählter anderer Unternehmen – zugunsten von gesetzlichen Regelungen zu beenden, mit denen Unternehmen für die Folgen ihres Handelns auch juristisch zur Verantwortung gezogen werden können. Der Ausgang des Prozesses ist deshalb von nachrangiger Bedeutung: Kommt KiK noch einmal heil davon, liegt die Notwendigkeit solcher gesetzlichen Regelungen umso offensichtlicher auf dem Tisch.

Vom Einzelfall zum Allgemeinen

Rana Plaza hat auch die deutsche Politik bewegt. Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller initiierte 2014 das „Bündnis für nachhaltige Textilien“, dessen Website seither behauptet, „sozial und ökologisch auf dem Weg zu sein“ (www.textilbuendnis.com). Mit von der Partie sind rund 130 sog. „Akteursgruppen“ einer „Multistakeholder-Initiative“: Vertreter*innen u.a. der Bundesregierung, der Wirtschaft, von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. Ihnen allen gehe es um „soziale, ökologische und ökonomische Verbesserungen entlang der gesamten Textil-Lieferkette“, die „gemeinsam zu definierenden Bündnisziele“ sollen „verbindlich und nachprüfbar“ verfolgt und „schrittweise ambitionierter“ gestaltet werden, auch in den „Produktionsländern“ sollen „gute Lösungsansätze mit konkreten Bünd-

nisinitiativen“ gefördert werden. Was darunter zu verstehen ist, wird „Roadmaps“ zu entnehmen sein, an die sich die Bündnispartner*innen dann auch öffentlich nachprüfbar halten wollen. Nach der aktuell letzten Verlautbarung des Bündnisses (13.08.2018) geht es dabei um rund 1300 Maßnahmen in Bezug auf „das Risikomanagement und den Umgang mit Beschwerden, die Vermeidung gesundheitsschädlicher Chemikalien, die nachhaltige Wassernutzung oder die Durchsetzung existenzsichernder Löhne. Dieses Vorgehen führt etwa im Bereich gefährlicher Chemikalien dazu, dass über 160 Substanzen schrittweise aus der Produktion verbannt werden. Und bei Baumwolle streben die Mitglieder gemeinsam an, bis zum Jahr 2020 mindestens 35 Prozent nachhaltige und Bio-Baumwolle einzusetzen. Eine Zielsetzung, zu der alle Mitglieder, die Baumwolle verwenden, beitragen müssen.“

So weit, so gut. Was die Initiative allerdings scheut wie der Teufel das Weihwasser sind – gesetzliche Regelungen. Trotz der angestrebten „Verbindlichkeit“ und „Nachprüfbarkeit“ soll es bei freiwilligen Selbstverpflichtungen bleiben. Und das genau, sorry, ist nicht länger hinzunehmen. Sicher: nichts spricht gegen Gespräche in großer Runde. Doch tragen sie nach Lage der Dinge nur zur Entsorgung der Erfahrungen bei, die wir spätestens mit dem „Industrial 9/11“ gemacht haben. Sie tun das, indem sie den Anschein erwecken, dass ja etwas geschehe. Dass aller guter Wille der Welt längst zusammengekommen sei, obendrein unter der Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen und Ge-

werkschaften: na, dann! Eben. Genauso nicht länger. Was „entlang der gesamten Textil-Lieferkette“ geschieht, sind fortgesetzte Verletzungen des Menschenrechts: der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte wie der Kollektivrechte der Völker. Folglich kann es „im Allgemeinen“ nur darum gehen, sich verbindlich auf die volle Geltung des Menschenrechts entlang aller globalen Lieferketten zu verpflichten. Ein „Textilbündnis“ macht deshalb nur Sinn, wenn es im Horizont der globalen Initiativen für einen „Binding Treaty“ geschlossen wird, mit dem Staaten den unbedingten Vorrang des Menschenrechts auch vor den Verpflichtungen von Handels- und Investitionsschutzabkommen eigens anerkennen. Eines „Binding Treaty“, mit dem die unterzeichnenden Staaten die bei ihnen ansässigen Unternehmen deshalb auch gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte verpflichten und sich dazu auch zu allen politisch wie juristisch notwendigen transnationalen bzw. globalen Kooperationen verpflichten. Zu Kooperationen, die u.a. sicherstellen, dass den von Menschenrechtsverletzung entlang der Lieferketten Betroffenen der vollumfängliche Rechtsschutz auch in den Herkunftsländern transnationaler Konzerne gewährt wird, zuletzt auch durch die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte. Solange ein „Textilbündnis“ das nicht zur verbindlichen Arbeitsgrundlage nimmt, steht es als solches schon der Einsicht im Weg, dass wir mit dem Appell an und dem Vertrauen auf „Corporate Social Responsibility“ nicht weiterkomme.



Weitere Informationen zu unserer Kampagne zum UN Binding Treaty:
www.medico.de/menschenrechte-vor-profite; E-Mail: info@medico.de
www.attac.de/binding-treaty; E-Mail: menschenrechte@attac.de